

Sahn, Astrid; Jahn, Egbert; Fischer, Sabine: *Die Zukunft des Friedens. Bd. 2: Die Friedens- und Konfliktforschung aus der Perspektive der jüngeren Generationen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2005. ISBN: 3-531-14142-2; 560 Seiten

Rezensiert von: Lars Schmitt, Zentrum für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg

„Die Friedens- und Konfliktforschung aus der Perspektive der jüngeren Generationen“ zu betrachten, ist Anliegen des zweiten Bandes zur „Zukunft des Friedens“. Bereits der erste Band ging aus einer Tagung hervor, auf der „Erkenntnisse und Perspektiven der Friedens- und Konfliktforschung“ reflektiert wurden.¹ Bei der dort vor allem von Angehörigen der Gründergenerationen verhandelten Frage nach der Zukunft der Friedens- und Konfliktforschung wurde der Bedarf deutlich, eine ähnliche Selbstreflexionstagung mit den Vertreterinnen und Vertretern der jüngeren Generationen durchzuführen. Der im inhaltlichen Anschluss an diese dann 2003 realisierte Tagung entstandene Band stellt sich als ein äußerst interessantes, umfangreiches wie inhaltlich breites Werk dar, dessen 24 Beiträge hier leider nicht komplett ausführlich gewürdigt werden können. Trotz dieser Breite gelingt es Egbert Jahn, Sabine Fischer und Astrid Sahn mit der Unterteilung in die drei großen Rubriken „Selbstverständnis“, „Diagnosen“, „Strategien“ sowie einer feingliedrigeren Einteilung und einigen einführenden Bemerkungen, einen roten Faden durch den Band zu weben.

Bereits in der Einleitung wird auf das Problem verwiesen, dass die jüngere Forschung zu kurzfristig und thematisch begrenzt angelegt sei und die – auch historischen – Grundlagen der Friedensforschung und längerfristige Überlegungen nicht mehr bedacht zu werden drohen. Diese Sorge wird vor allem im ersten Beitrag von Egbert Jahn betont, der einen in sich wohlbegründeten Versuch unternimmt, die deutsche Friedens- und Konfliktforschung in vier Generationen – zwei Gründer- und

zwei jüngere Generationen – einzuteilen. Jahn legt diesem Unterfangen einen synthetischen Generationenbegriff zugrunde, der die unterschiedlichen akademischen Sozialisationspezifika einerseits „und die gesellschaftliche und politische Umwelt andererseits miteinander zu verknüpfen“ vermag (S. 27). Gerade für das Feld der Friedens- und Konfliktforschung, das nicht zuletzt durch die historische Entwicklung von Friedens- und Konfliktlagen bestimmt ist, scheint es angebracht, somit auch diachrone Aspekte im Vergleich zu der sonst üblichen synchronen Gegenüberstellung von akademischen Schulen zu integrieren.

Es drängt sich allerdings die Vermutung auf, dass die eigentliche Demarkationslinie, die sich durch den ganzen Band zieht, nicht diejenige zwischen den älteren und jüngeren Generationen ist, sondern die falsche Gegenüberstellung von normativem, langfristigen Denken, der Prägung durch den Ost-West-Konflikt und einer Orientierung an einem positiven Friedensbegriff – verstanden als Abwesenheit auch von struktureller Gewalt – auf der einen Seite und analytischem, kurzfristigen Denken, transnationalisierten Konfliktlagen und einer korrespondierenden Orientierung am Gewaltbegriff auf der anderen Seite. Letztere ist dann freilich eher durch die jüngeren Generationen repräsentiert.

In dem zweiten der Beiträge zum Selbstverständnis der Friedens- und Konfliktforschung wenden Sabine Fischer und Astrid Sahn sodann den Blick auch auf das Verhältnis von „Friedensforschung und Normativität“ und mildern diesen vermeintlichen Generationengegensatz ab, indem sie die Normativität – nämlich als Interesse wenigstens an Gewaltminderung – auch bei einer stärkeren Fokussierung auf den Gewaltbegriff durch die vierte Generation ausmachen.

Dieser Gegenstandsfokus wird von Thorsten Bonacker im anschließenden Beitrag explizit eingefordert. Das Hauptaugenmerk auf „die Entgrenzung von Gewalt“ (S. 73) zu legen, sei nicht nur angesichts der weltpolitischen Verhältnisse angemessen. Vielmehr vermeide ein Verständnis von Gewalt als sozialem System die für die an einem weiten Friedensbegriff orientierte Forschung typische Gefahr, „von der Kritik der Gewalt un-

¹ Astrid Sahn/Manfred Sapper/Volker Weichsel (Hrsg.): *Die Zukunft des Friedens. Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung*, Wiesbaden 2002.

ter der Hand zur Legitimation direkter Gewalt überzugehen“ (S. 76).

Ähnlich argumentiert Christoph Weller mit seinem differenzierten und falsche Gegensatzbildungen entlarvenden Plädoyer für eine konstruktivistische Perspektive. Weller stellt heraus, dass mit Gewaltdelegitimierungsprozessen immer Legitimierungen anderer Gewaltformen einhergehen und gelangt zu der Einsicht, dass „ohne eine konstruktivistische Perspektive auf 'die Gewalt' und damit auf die Hindernisse für den Frieden [...] sich kein Verständnis für die normativen Ursachen und Bedingungen des Friedens entwickeln [lässt]“ (S. 106).

In den weiteren Beiträgen des ersten Teils geht es um die Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Friedens- und Konfliktforschung zu Machtverhältnissen bzw. -begriffen. Simone Wisotzki plädiert für eine stärkere Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Differenzen in der Friedens- und Konfliktforschung und avisiert „Frieden als Gestaltung geschlechtergerechter Verhältnisse“ (S. 121). Damit gibt sie einem positiven Friedensbegriff eine konkrete Ausformung. Jörg Meyer veranschaulicht die Bedeutung, die ein positiver Machtbegriff im Sinne Hannah Arendts für die Friedens- und Konfliktforschung haben könnte.

In dem zweiten Teil „Diagnosen“ diskutieren Bernhard Zangl, Ulrich Schneckener, Hans-Joachim Spanger und Harald Müller Konfliktlagen in ihrem Verhältnis zu Aspekten von Staatlichkeit bzw. Demokratie. So beschreibt Zangl die grundlegenden Kategorien der Transformation „von der nationalen zur post-nationalen Konstellation“ (S.159) als idealtypische und weist damit Befunde zurück, die etwa im Irakkrieg eine Rückkehr zu zwischenstaatlichen Kriegskonstellationen wähen. Harald Müller expliziert verschiedene Dilemmata bezüglich Militär, Rüstungsdynamik und Frieden, die mit der neuen Weltordnung einhergehen.

Christopher Daase plädiert sodann für eine präzise Analyse der Strukturen und Dynamiken neuer Kriege als Voraussetzung für Regelungs- bzw. Präventionsmaßnahmen.

Die anderen Beiträge in diesem Teil beschäftigen sich entweder mit einer spezifischen Perspektive auf Konflikte oder mit dem Theo-

rem des Demokratischen Friedens.² So vermag Margit Bussmann mittels einer statistischen Analyse dieses Theorem dahingehend zu bestätigen, dass Staaten seltener in tödliche Konflikte verwickelt sind, wenn sie von Demokratien umgeben sind. Heidrun Zinecker betont die Definitionsabhängigkeit des Theorems und plädiert dafür, auch Regime-Hybride analytisch zu berücksichtigen.

Der Beitrag von Thorsten Gromes stellt einen begrifflich sehr konzisen Versuch dar, Demokratisierungsprozesse mit Entstehungs- und Erfolgsbedingungen von Konfliktregelungen zu konfrontieren und somit deren diesbezügliche Potenziale auszuloten. En passant weist Gromes zudem auf die falsche Gegenüberstellung von Wert- und Verteilungskonflikten hin. Die Diskussion um die Regelungspotenziale der Demokratie findet jedoch aus einer „demokratiezentrischen“ Perspektive statt. So wird als Kennzeichen der Demokratie festgehalten, dass sie die Kosten einer Niederlage senkt, weil diese auf eine Wahlperiode begrenzt ist und nicht Leib und Leben der Unterlegenen gefährdet. Aber wer legt fest, dass eine Wahlniederlage weniger kostet als Leben? Das Problem von Demokratisierungsgesuchen ist, dass hier bereits ein Kosten-Nutzen-Kalkül vorausgesetzt wird, dem ein „demokratischer Habitus“ zugrunde liegt, der aber nicht zwingend den Habitusvarianten in Post-Konflikt-Gesellschaften entspricht. Es geht also nicht nur darum, dass „in Gesellschaften nach innerstaatlichen Kriegen [...] in der Regel erst neue gemeinsame Institutionen zu errichten sind [...]“ (S. 351f.), sondern auch zu berücksichtigen, dass es möglicherweise eine Diskrepanz zwischen diesen avisierten Strukturen und den verinnerlichten Strukturen (Habitus) der Beteiligten gibt.

Auch bei den Beiträgen zu spezifischen Perspektiven auf Konflikte fällt auf, dass mit Gegenüberstellungen gearbeitet wird, die aus erkenntnistheoretischer Sicht fragwürdig erscheinen. So schreibt Dietrich Jung in seiner Bilanz zu „Nutzen und Kritik der ökonomischen Analyse“, dass der „ökonomische Zugang nur ein Schlüssel an einem ganzen

²Vgl. Harald Müller: Antinomien des demokratischen Friedens, in: Politische Vierteljahresschrift, H. 1, Jg. 43, S. 46-81.

Schlüsselbund [ist], der zur Erklärung kriegerischer Konflikte von Nöten ist“ (S. 286).

Peter Kreuzer hingegen betont den „Mehrwert kultureller Perspektiven“ und zeigt sich überrascht, „dass in der Ethnokonfliktliteratur der kulturellen Perspektive gegenüber strukturellen, institutionellen und psychologischen Perspektiven eine eher untergeordnete Rolle zukommt.“ So plausibel und begrüßenswert das Einfordern einer stärkeren Berücksichtigung kultureller Aspekte ist, so problematisch ist deren Gegenüberstellung zu Struktur, Institution und Psyche. Den Ausführungen Pierre Bourdieus zufolge ist jede Kultur strukturiert verteilt, jede Struktur über Symbole kulturell vermittelt und beides findet über den Habitus Eingang in die Psychen bzw. Körper der Akteure.³

In dem letzten großen Block „Strategien“ werden auf der einen Seite humanitäre Interventionen und auf der anderen Seite zivile Konfliktbearbeitung als „Instrument für den Frieden“ diskutiert sowie abschließend die „Weitergabe der Friedens- und Konfliktforschung“ in den Blick genommen (S. 378). Bereits im „Grundlagenblock“ machen Sahn und Fischer die „Auseinandersetzung zwischen denjenigen, die der humanitären Intervention und denjenigen die der zivilen Konfliktbearbeitung den Vorzug geben“ als die zentrale Trennungslinie der jüngeren Generationen aus (S. 64). Andreas Herberg-Rothe verdeutlicht diese Gegensätzlichkeit, weist aber auf die grundlegende Gemeinsamkeit und Notwendigkeit hin, Krieg und Gewalt zu begrenzen. Eine ähnliche Position bezieht Peter Mayer, indem er die Kritiken an der Lehre vom gerechten Krieg zu entkräften versucht. Er plädiert dafür, diese nicht vor schnell ad acta zu legen, sondern die normativen Implikationen explizit zu machen, anstatt ihnen – bei einer unreflektierten Zurückweisung – doch durch die Hintertür Einlass zu gewähren. Die Lehre könne auch heute noch ein Bewertungsmaßstab für die Legitimität von Interventionen sein. Im Gegensatz dazu führt Gertrud Brücher das Konzept des „Menschenrechtsinterventionismus“ ad absurdum, indem sie logisch stringent verdeutlicht, wie sehr diskursive Legitimitäts-

verschiebungen dahingehend stattgefunden haben, dass „ein Vorausagieren auf eine mögliche Gefährdung“ (S. 414) die Differenz von empirischer und fiktionaler Realität zum Verschwinden bringt. Sascha Werthes versucht demgegenüber, Konzepte von Krisenprävention nach unterschiedlichen Phasen und Akteuren auszudifferenzieren und die Chancen ihrer Kombination zu verdeutlichen.

Mit den Beiträgen zur zivilen Konfliktbearbeitung scheint im Gegensatz zu den vorangegangenen Texten wieder Galtungs Konzept struktureller Gewalt in den Blick zu geraten. So weist Cilja Harders bezogen auf die Kategorie Geschlecht darauf hin, dass eine nachhaltige Konfliktbearbeitung nicht ohne die „Veränderung von Machtverhältnissen“ (S. 495) zu haben sei und Hannah Reich fordert mit Blick auf die wünschenswerte Einbindung „lokaler Friedenskräfte und die Praxis der Friedenswissenschaftlichen Forschung [...] eine weitgehende Offenheit gegenüber ihrem Untersuchungsgegenstand und eine Sensibilität für Machtverhältnisse [...]“, was kritische Selbstreflexion zur Voraussetzung habe (S. 490f.).

„Die Zukunft des Friedens“ wird in den abschließenden Beiträgen von Christian Büttner und Tanja Brühl danach befragt, wie es um die Weitergabe der Friedensforschung bestellt ist. Büttner konstatiert dabei ein „Schattendasein“ (S. 519) pädagogisch-psychologischer Ansätze. Brühl fokussiert auf die Situation der Friedensforschung an deutschen Hochschulen und schildert die im internationalen Vergleich späte Etablierung der Lehre aus ihrem Entstehungskontext heraus. Es wird die Rolle der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) gewürdigt, die sich vor allem in der Einführung von Masterstudiengängen der Friedens- und Konfliktforschung niederschlägt. Brühl stellt sodann diese Angebote vor und verweist darauf, dass eine solche Vorstellung nicht detailgetreu im Sinne der anbietenden Institutionen erfolgen könne. Um so mehr verwundert, dass dann dennoch Details z.B. zu den Praxisanteilen angegeben werden, die fraglich sind, bzw. Durchschnittsbildungen vorgenommen werden, die nicht auf den einzelnen Studiengang runtergebrochen werden können, wie die Ausführungen zur vermeintlichen Dominanz klassi-

³Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M. 1982.

scher Lehrformen oder zur vermeintlich ausschließlichen Vermittlung analytischer bzw. Sach-Kompetenzen.

Dass auch in dem Beitrag über die Lehre in der Friedens- und Konfliktforschung die analytische Seite der normativen, friedenspraktischen Seite gegenübergestellt wird, ist insofern verständlich, als dieses Gegensatzpaar – dies geht aus dem gesamten Band hervor – offenbar ein Kennzeichen zumindest der deutschen Friedens- und Konfliktforschung ist.

Insofern stellt der Band ein gelungenes und gut systematisiertes Abbild der aktuellen Debatten der Friedens- und Konfliktforschung dar und verweist damit gleichzeitig mindestens implizit auf die Probleme des Feldes. So sorgen vor allem die fragwürdigen Gegenüberstellungen von Emanzipation und Analyse sowie von Akteuren, Struktur und Kultur nicht nur für „Generationsklüfte“, sondern auch für eine mangelnde konzeptionelle Integration von Konfliktanalyse und -bearbeitung. Zentral – ob als Grund oder Symptom dieser Gegensatzpaarbildung – ist die Rezeption der verschiedenen Gewaltbegriffe Galtungs. Dass es sich bei dessen dreigliedrigem Konzept nicht um ein differenzial-diagnostisches, sondern um eine induktive Heuristik handelt, bedeutet nicht, dass es nicht analytisch ist. Zu wünschen wäre „dem Feld“ eine stärkere Berücksichtigung von erkenntnistheoretisch informierten und verschiedene Disziplingrenzen überschreitenden Konzepten wie dasjenige des strukturalistischen Konstruktivismus Pierre Bourdieus, welches der „einen Seite“ den Nimbus des Unwissenschaftlichen nehmen und die „andere Seite“ kritisch auf unreflektierte Anwendung vorherrschender Denkmuster und damit auf ideologische Aspekte unter dem Deckmantel von Wissenschaftlichkeit hinweisen könnte. Dies wäre im Dienste von „Wissenschaftlichkeit und Frieden“ zugleich.

HistLit 2006-2-075 / Lars Schmitt über Sahn, Astrid; Jahn, Egbert; Fischer, Sabine: *Die Zukunft des Friedens. Bd. 2: Die Friedens- und Konfliktforschung aus der Perspektive der jüngeren Generationen*. Wiesbaden 2005. In: H-Soz-u-Kult 02.05.2006.